

Kriegswirtschaftlicher Ausschuss.

Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss setzte in seinen gestern und heute abgehaltenen Sitzungen die Debatte über die öffentliche Papierbewirtschaftung fort.

Die Verteilungsstelle.

Hausch (deutscher Sozialdemokrat) bezeichnet die Errichtung einer Verteilungsstelle, die unter dem Vorsitz des Reichschiefs des Ministerpräsidentiums tagen soll, als politisch höchst bedenklich. Er erörtert die Lage der Textilindustrie und bespricht die hohen Preise des Spinnpapiers. Um so nötiger sei eine Zusammenfassung der gemeinsamen Papiererzeugung in einen gemeinsamen Verband.

Mitter v. Haller (Pole) gibt der Meinung Ausdruck, die Preisbildung hätte schon bei Erstellung des Rohstoffpreises, also der Holzpreise, einsehen müssen. Die Reduzierung des Umfangs der Tagesblätter muß noch fortgesetzt werden. Für die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers sei eine eigene Institution nötig. Er stellt einen dahingehenden Antrag.

Die Abwehrmaßnahmen der Zeitungen.

Baron Pantz (deutschnational) gab zunächst seinem Bekannten Ausdruck, daß Abg. Dr. Freißler die „gerichtweisen“ Maßnahmen der Regierung zur Regelung der Papierindustrie zum Gegenstand einer Anfrage gemacht habe, über deren Inhalt der Ausschuss bis nun noch immer keine Aufklärungen besitzt. Er bedauerte, daß in der gestrigen Sitzung des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses über die beiden Vertreter der Vereinigung der Tageszeitungen in deren Abwesenheit zu Gericht gegangen worden sei und stellte den Antrag, daß zur Klarstellung des ganzen Sachverhaltes die Vertreter des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie, den Baumwollzentrale, der Vereinigung der Tageszeitungen vom Ausschuss einberufen und gehört werden. Das Begehren der Vereinigung der Tageszeitungen und der Reichskommission der gesamten Presse Oesterreichs auf Schaffung eines selbständigen interministeriellen Kommissariats gründet sich auf die fortgesetzten Reduktionen, die seitens des Generalkommissariats in der Rotationspapiererzeugung zugunsten des Spinnpapiers vorgenommen wurden. Redner wies an der Hand von Berechnungen nach, daß bei einer 50prozentigen Drosselung der Rotationspapiererzeugung nur 35 Waggons Zellulose erspart wurden, was gegenüber dem ungeheuren Schaden, der der gesamten Presse dadurch erwächst, doch keineswegs in Betracht kommen könne. Aber nicht bloß die Versorgung mit Papier, sondern auch mit Kohle, Farbe, mit Metall, die Transport- und Postschwierigkeiten, die Beschaffung und Erhaltung des erforderlichen Personals haben zur berechtigten Forderung geführt, eine einheitliche Organisation zu schaffen mit ständigen Vertretern der einzelnen Ministerien unter Vorsitz des Handelsministers, in der alle diese Fragen mit Umgehung der verschiedensten, zeitraubenden Kompetenzen einer raschen Erledigung zugeführt werden können. Auch der schleppende Geschäftsgang des Generalkommissariats bot der Vereinigung der Zeitungsherausgeber die Veranlassung zu ihrer Selbstständigkeitsbestrebung sowie nicht zuletzt zur Klage über die Organisation des Wirtschaftsverbandes für Papierindustrie, der auf der Basis der großen Industrien aufgebaut ist und in dem die Zeitungen als die größten Papierkonsumenten keinerlei Vertretung erhalten haben. In den Kreisen

der kleinen Papierindustrie und der Zeitungen habe sich die Vermutung befestigt, daß zwischen dem Kriegsverband der Papierindustrie und der Baumwollzentrale im Bege des Generalkommissariats eine intime Verbindung hergestellt wird, die darauf hinausgehe, den Baumwollkonzern durch die Spinnpapieraktion in den faktischen Besitz einer Reihe von Papierfabriken und damit direkt oder indirekt zu einer ungeahnten Beeinflussung der Zeitungswirtschaft zu bringen. Auch diese Befürchtung war mitbestimmend für das Verlangen der Vereinigung der Tageszeitungen.

Redner schließt mit der Erklärung, daß die Zentralen an und für sich gewiß sozial wirken können und mußten, daß wir aber in Oesterreich zumeist die Erfahrung gemacht haben, daß sie vielsoch antisozial wirken und zu einer Entartung der Gemeinwirtschaft führen. Aus diesen Gründen könne er das Verlangen der Vereinigung der Zeitungsherausgeber nur als vollaufberechtigt anerkennen.

Die Erwiderung des Generalkommissars.

Generalkommissar Niede stellt zunächst fest, daß nach Einverleibung des Papierdienstes in das Generalkommissariat an dem bisherigen Geschäftsgang und den bestehenden Einrichtungen nichts geändert worden sei, so daß Klagen über schleppenden Geschäftsgang nicht in höherem Maße berechtigt sein können als vorher. Die Mitteilungen des Abg. Baron Pantz über die geplante Einrichtung der interministeriellen Kommission für Zeitungswesen entsprechen wohl dem letzten Stand dieser Angelegenheit, nicht aber den ursprünglichen Entwürfen. Insbesondere sei die Vermehrung der Zeitungsvertreter in der Kommission von zwei auf sechs der Initiative des Handelsministers und Anregungen des Generalkommissariats entsprungen, zu dem Zweck, den großen Blättern und der nichtdeutschen Presse eine entsprechende Vertretung zu sichern. Als einer der Hauptgründe für den Wunsch, die Bewirtschaftung des Rollenpapiers von jener der übrigen Papierarten abzutrennen, seien die angeführten Pläne des Generalkommissariats auf weitgehende Reduktion des Papierverbrauches der Zeitungen angeführt worden. Redner habe allerdings bei verschiedenen Anlässen und seit längerer Zeit auf die voranschreitende außerordentliche Steigerung des Bedarfes an Spinnpapier und auf die Gefahr hingewiesen, die sich daraus für die übrigen Papierverbraucher ergebe, er habe jedoch daraus nicht die Notwendigkeit einer programmatischen Verminderung des Umfangs der Zeitungen, sondern die Notwendigkeit einer planmäßigen Bewirtschaftung der Papierindustrie abgeleitet, die die Möglichkeit bieten solle, die Reduktionen auf das Unvermeidliche zu beschränken und die Befriedigung des Bedarfes der Zeitungen neben dem der Textilindustrie und anderer Papierverbraucher sicherzustellen. Zu diesem Zwecke sei der Wirtschaftsverband der Papierindustrie ins Leben gerufen worden. Es wird bemängelt, daß die Konsumenten im Wirtschaftsverband keine Vertretung gefunden haben, während im Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie eine solche Konsumentenvertretung vorgesehen sei. Die Wahrung des Konsumenteninteresses finde hier in Verhandlungen zwischen den einzelnen Verbänden der verschiedenen Industrien statt. Denselben Weg wolle das Generalkommissariat auch bei der Organisation der Papierindustrie beschreiten. Dem Wirtschaftsverband der Papierindustrie soll die Organisation der Rotationsunternehmungen, der Reichsverein der Buchdrucker, eine noch zu schaffende Vertretung der übrigen papierverarbeitenden Gewerbe und des Papierhandels, dann die verschiedenen Verbände der Textilindustrie gegenübergestellt werden.

Was die Klagen mehrerer Redner über den hohen Preis des Papiergewebes betrifft, so sei dieser die notwendige Folge des ungünstigen Zustandes in der Papierindustrie, der die Preise des Rohmaterials der Papierfabriken und -Webereien, nämlich des Spinnpapiers, schrankenlos habe wachsen lassen. Eine Preisregelung der Papiergewebe sehe eine solche für das Spinnpapier voraus, die wiederum nur im Zusammenhang mit einer durchgreifenden Regelung der ganzen Papiererzeugung von einer Stelle aus möglich sei.

Redner spricht sein Bedauern darüber aus, daß sowohl den Mitgliedern des Hauses wie der Presse in dieser Angelegenheit vielfach falsche Informationen zugegangen seien. Er weist insbesondere auf die falsche Nachricht vom Kauf der in englischen Besitz befindlichen Papierfabriken in Hallein und Willach durch die Bodencreditanstalt hin.

Der unpolitische Zweck der Organisation.

Sektionschef Dr. R. v. Finschhof betont, daß die Regierung mit der Maßnahme keinerlei politische Absicht verfolge, sondern die Einrichtung, die geschaffen werden soll und über deren Konstruktion endgültige Beschlüsse seines Wissens noch nicht vorliegen, daraus hervorgegangen sei, daß die Blätter durch den Krieg in wirtschaftlicher Beziehung stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind und daher den Wunsch geäußert haben, daß ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse von einer Stelle aus wahrgenommen werden. Wohl aber hat die Regierung selbst ein lebhaftes Interesse an dem Bestand einer unabhängigen Presse. Mit Bezug auf die Erörterung über den Umfang der Blätter bemerkt der Regierungsdirektor: An der Sicherung eines gewissen Umfangs der Blätter habe allerdings auch die Regierung, aber nicht bloß diese, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit ein Interesse. Die Notwendigkeit der Unterstützung solcher Aktionen, wie der Werbetätigkeit für die Kriegsanleihen, der Mitteilung der zahlreichen durch den Kriegszustand hervorgerufenen Verfügungen, der Behandlung der Ernährungsfragen und so fort, mache es begreiflich, wenn von allen Seiten lebhafteste Wünsche in der Richtung geäußert worden sind, daß der Umfang der Blätter nicht allzu sehr eingeschränkt werde. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die für den Dezember verfügte Einschränkung bereits als eine überaus harte Maßregel erscheine und daß jene Einschränkungen, die für den November gegolten haben, wohl schon das Maximum dessen sind, was die Presse zu ertragen vermag.

Einspinner (deutschnational) stellt den Antrag: Die Regierung wird aufgefordert, nur jene Papier- und Halbpapiergewebe der menschlichen Bekleidung und Hauswirtschaftszwecken zuzuführen, die amtlich als geeignet befunden wurden. Es sind bestimmte Typen dieser Erzeugung vorzuschreiben. Die Preise für diese Papierwaren sind festzusetzen.

Die Ausschaltung politischer Einflüsse.

Dr. Freißler (deutschnational) ist der Überzeugung, daß die einheitliche Bewirtschaftung des Papiers administrativ und wirtschaftspolitisch notwendig ist und die einzige

Gewähr dafür bietet, daß sowohl den Interessen der Zeitungen als auch der übrigen Konsumgruppen für das Papier stetig gerecht Rechnung getragen werde. Er stellt den Antrag: Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss nimmt die Darlegungen des Generalkommissars billigend zur Kenntnis und fordert die Regierung auf, die gesamte Papierbewirtschaftung durch eine Verwaltungsstelle durchzuführen. Die Regierung hat dafür Sorge zu tragen, daß bei der Bewirtschaftung und Verteilung von Zeitungspapier politische Einflüsse grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Baron Pantz stellt folgenden Antrag: Die Kriegswirtschaftliche Regelung des Zeitungswesens in allen Belangen des wirtschaftlichen Betriebes erfordert eine rasch arbeitende Körperschaft zur Aufrechterhaltung des ebenso im staatlichen wie im Interesse der Bevölkerung gelegenen Zeitungsdienstes. Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss befürwortet daher die von den Vertretern des Verbandes der Tageszeitungen, der Reichskonferenz der gesamten Presse angeregte Schaffung einer interministeriellen Kommission zur Regelung des Zeitungswesens mit ständigen und bevollmächtigten Vertretern.

Generalkommissar Sektionschef Niede führt aus: Aufgabe des Generalkommissariats werde es sein, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Regelung der Papiererzeugung die Lieferung des von der Kommission geschlossenen Zeitungspapierkontingents auch tatsächlich sichergestellt wird. Mit Rücksicht auf die dem Ausschuss dargelegte Absicht der Regierung sei Redner beauftragt zu erklären, daß die Regierung bitte, die im Laufe der Debatte eingebrachten Anträge der Abgeordneten Dr. Freißler und Einspinner anzunehmen.

Teufel (deutschradikal) beantragt, die Verhandlung abzubrechen.